Ansprache des Bürgermeisters der Stadt Neuss, Reiner Breuer, anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer der Novemberpogrome 1938

Montag, 9. November 2026, 11.30 Uhr
Gedenkstätte in der Grünanlage Promenadenstraße, Neuss

Sehr geehrter Bert Römgens,

sehr geehrte Frau Glassman-Simons,

sehr geehrter Herr Rabbiner Malinsky,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinde und des Vereins für christlich-jüdische Zusammenarbeit,

liebe Schülerinnen und Schüler des Marie-Curie-Gymnasiums,

Vertreter*innen der Parteien, Verwaltung und der Stadtgesellschaft,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Neusserinnen und Neusser,

wir stehen heute an einem Ort, der uns an eines der dunkelsten Kapitel unserer Stadtgeschichte erinnert. Gleich hier stand eine jüdische Synagoge.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten überall in Deutschland Synagogen. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört, Menschen misshandelt, verschleppt und ermordet. Auch hier in Neuss wurde die Synagoge an der Promenadenstraße zerstört.

Es war keine spontane Gewalttat. Es war staatlich organisierter Terror gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Gegen Menschen, die Teil unserer Gesellschaft waren. Die hier lebten, arbeiteten, Familien gründeten und ihre Zukunft planten.

Wir erinnern heute an diese Menschen. An das Leid, das ihnen zugefügt wurde. Und an die Verantwortung, die aus dieser Geschichte für uns erwächst.

Erst vor wenigen Wochen, am 16. Oktober, hat der Künstler Gunter Demnig in Neuss sieben weitere Stolpersteine verlegt. Inzwischen erinnern 141 dieser kleinen Gedenkzeichen an 53 Standorten in unserer Stadt an Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt wurden. Daran erinnern seit 20 Jahren die Stolpersteine.

Liebe Schülerinnen und Schüler des Marie-Curie-Gymnasiums,

Ihr habt Euch intensiv mit den Lebensgeschichten derjenigen auseinandergesetzt, an die wir mit den Stolpersteinen gedenken. Ihr habt recherchiert, die Orte aufgesucht, an denen jüdische Neusserinnen und Neusser gelebt haben, und Euch mit ihren Schicksalen beschäftigt.

Ihr habt Euch auf den Weg gemacht, um die Menschen hinter den Namen kennenzulernen. Und Ihr werdet uns heute an Euren Erkenntnissen und Gedanken teilhaben lassen.

Dafür möchte ich Euch von Herzen danken. Ebenso danke ich Euch für die Gestaltung dieser Gedenkstunde und Euren Lehrerinnen und Lehrern für die Begleitung dieses Engagements.

Es ist auch Euer Verdienst, dass die Menschen, die unter nationalsozialistischer Gewalt und Terror gelitten haben, nicht in Vergessenheit geraten. Ihr haltet ihre Erinnerung lebendig. Und Ihr zeigt uns, dass die Verantwortung für unsere Geschichte von Generation zu Generation weitergetragen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 9. November ist ein Tag der Erinnerung. Aber er muss auch ein Tag des Gedenkens, des Nachdenkens sein.

Denn die Novemberpogrome kamen nicht einfach so aus dem Nichts.

Ihnen waren Jahre der Hetze, der Ausgrenzung und der Entrechtung vorausgegangen. Menschen wurden gegeneinander aufgehetzt. Vorurteile wurden systematisch geschürt. Aus Nachbarn wurden vermeintliche Feinde. Demokratische Institutionen und rechtsstaatliche Grenzen wurden beseitigt.

Und viel zu viele Menschen sahen weg, schwiegen oder nahmen das Unrecht hin.

Die Menschen im November 1938 konnten vielleicht nicht wissen, welches Ausmaß die nationalsozialistischen Verbrechen noch annehmen würden. Aber sie konnten sehen, welches Unrecht bereits geschah.

Daraus erwächst für uns eine unbequeme Frage:

Erkennen wir heute die Gefahren für unsere eigene Gesellschaft? Und sind wir bereit, ihnen rechtzeitig entgegenzutreten?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor nunmehr 88 Jahren erleben wir in Deutschland die längste Friedensperiode unserer jüngeren Geschichte.

Das ist eine außergewöhnliche Errungenschaft. Sie ist nicht selbstverständlich.

Wir verdanken sie der europäischen Einigung, der internationalen Zusammenarbeit und nicht zuletzt einer demokratischen Ordnung, in der nicht die Macht des Stärkeren, sondern Recht, Freiheit und Menschenwürde gelten sollen.

Generationen konnten in Frieden und Freiheit aufwachsen. Meinungsverschiedenheiten werden nicht mit Gewalt, sondern durch demokratische Verfahren ausgetragen. Politische Macht wird kontrolliert und ist auf Zeit verliehen.

Doch wir erleben heute, wie verletzlich diese Errungenschaften sind.

Russland führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Autoritäre Regierungen versuchen, ihren Einfluss auszuweiten. Auch innerhalb demokratischer Gesellschaften werden unabhängige Institutionen angegriffen, politische Gegner zu Feinden erklärt und gesellschaftliche Konflikte bewusst verschärft.

Wir erleben, wie die Offenheit unserer Gesellschaft ausgenutzt wird, um Misstrauen zu säen und Menschen gegeneinander aufzubringen.

Über soziale Medien verbreiten sich Hass, Lügen und gezielte Desinformation in einer Geschwindigkeit, die vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar gewesen wäre. Ausländische Akteure versuchen, mit solchen Mitteln unsere öffentliche Debatte und unser demokratisches Zusammenleben, ja sogar unsere Demokratischen Abstimmungen zu beeinflussen.

Wir sollten uns fragen: Wie viel davon nehmen wir inzwischen als normal hin? Wie oft gewöhnen wir uns an Grenzüberschreitungen, die uns eigentlich alarmieren müssten?

Nicht jede politische Auseinandersetzung ist eine Bedrohung für die Demokratie. Streit, Kritik und unterschiedliche Meinungen gehören zu ihr. Sie sind sogar unverzichtbar. Aber dort, wo Menschen systematisch herabgewürdigt werden, wo Hass zum Mittel der Politik wird und wo die Wahrheit der bewussten Manipulation weichen soll, müssen wir aufmerksam werden.

Denn Demokratie wird nicht erst dann gefährdet, wenn Parlamente aufgelöst oder Gerichte entmachtet werden. Sie gerät bereits unter Druck, wenn das Vertrauen in ihre Grundlagen systematisch zerstört wird.

Gerade das Gedenken an den 9. November 1938 erinnert uns daran, wohin Menschenverachtung und Ausgrenzung führen können.

Und gerade deshalb dürfen wir auch den Antisemitismus unserer Gegenwart nicht hinnehmen.

Jüdische Menschen erleben auch heute Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt. Auch in unserem Land. Auch mehr als acht Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Das ist beschämend. Und es ist eine Verpflichtung für uns alle, dem entschieden entgegenzutreten.

Jüdisches Leben gehört zu Deutschland. Es gehört zu Neuss. Und es muss hier sichtbar, sicher und selbstverständlich sein.

Liebe Neusserinnen und Neusser,

wir können das Unrecht der Vergangenheit nicht ungeschehen machen. Aber wir können entscheiden, wie wir heute miteinander umgehen.

Ob wir schweigen, wenn Menschen ausgegrenzt werden. Ob wir Lügen und Hass unwidersprochen lassen. Ob wir demokratische Regeln nur dann respektieren, wenn sie unseren eigenen Vorstellungen entsprechen.

Oder ob wir Verantwortung übernehmen.

Frieden, Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie sind Errungenschaften, die jede Generation aufs Neue bewahren muss.

Das Engagement der Schülerinnen und Schüler, die heute mit uns gedenken, macht mir Mut. Denn es zeigt, dass die Erinnerung weiterlebt. Dass junge Menschen bereit sind, sich mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Aber wir dürfen diese Verantwortung nicht allein ihnen überlassen.

Es liegt an uns allen, welche Gesellschaft wir den kommenden Generationen hinterlassen.

Die Geschichte nimmt uns diese Entscheidung nicht ab.

Aber sie zeigt uns, was geschehen kann, wenn wir die falschen Entscheidungen treffen und nicht hinsehen.

Lassen Sie uns deshalb nicht nur heute erinnern. Lassen Sie uns auch morgen Verantwortung übernehmen. Für unsere Mitmenschen. Für unsere Demokratie. Für den Frieden. Und für ein Neuss, in dem Hass und Menschenverachtung keinen Platz haben.

Vielen Dank.